

Mutiger Kampf gegen das alltägliche Elend

Bildhauer hilft 20 mittellosen Familien in Griechenland — Kitt für das zerrüttete Verhältnis mit Deutschland

VON GEORG ESCHER

Die Krise in Griechenland macht nicht mehr so viele Schlagzeilen wie noch vor ein paar Monaten. Dabei hat die Verelendung vieler Familien Ausmaße erreicht, die mitten in Europa undenkbar waren. Der Bildhauer Alexandros Jazakis (70), der in Deutschland aufwuchs, seit 30 Jahren aber in Griechenland lebt, hat mit Hilfe von Freunden in Deutschland ein bemerkenswertes Hilfsprojekt gestartet.

ÄGION/NÜRNBERG – Wenn Alexandros Jazakis von seinem Hilfsprojekt in dem Städtchen Ägion an der Nordküste des Peloponnes erzählt, kann er seine Emotionen nur schwer verbergen. Er will es auch nicht. „Ich habe noch nie solche Armut gesehen“, sagt der Bildhauer. „Das kann man sich in Deutschland gar nicht vorstellen.“

Da ist zum Beispiel eine völlig verzweifelte, mittellose Familie, die mit vier Kindern in einer Wohnung hausen musste, deren Wände fast flächendeckend vor Schimmel nur so starren. Sogar das Atmen fällt in der verseuchten Wohnung schwer. Als Jazakis die Familie aufsuchte, hatte sie seit zwei Tagen nichts mehr gegessen. Im Kühlschrank, „da war nichts, gar nichts.“

Die Mutter war nur noch ein Häufchen Elend. Sie leidet an Depression, ihre Haltung ist tief gebückt, sie schaut einem vor Scham kaum mehr in die Augen. Ihr Mann aber kämpft, er will arbeiten, doch er konnte lange einfach nichts finden.

250 Euro für einen Monat

Jazakis hat eine erste Nothilfe organisieren können. Eine befreudete Familie aus Freiburg hat 3000 Euro gespendet, die freilich ein Jahr reichen müssen. 250 Euro bekommt die Familie im Monat. Auch ein Kindererzieherbett wurde in der Wohnung aufgestellt. Bisher hatten sich die vier Kinder und ihre Mutter zwei Betten geteilt. Der Vater schlief auf dem Sofa.

20 Familien betreut Jazakis mittlerweile. Alle erhalten jeden Monat 50 Euro in bar, damit sie wenigstens ein wenig Essen kaufen und vielleicht auch ihre Stromrechnung bezahlen können. Zum Osterfest gab es diesmal extra Essensbons für je 100 Euro.

Die Not ist unvorstellbar. Da ist beispielsweise der krebserkrankte Mann, Ende 60. Seine ein paar Jahre jüngere Frau hatte zwei Schlaganfälle. Die Tochter ist geistig behindert, der Sohn seit Herbst arbeitslos. „Diese Leute haben einfach nichts mehr“, sagt Jazakis. Da ist etwa der Klarinetist, auch er arbeitslos. Von der Kirche bekam er 30 Euro und einen Sack Linsen. Mit den zusätzlichen 50 Euro von Jazakis muss er einen Monat über die Runden kommen. Als er das Geld erhält, küsst er seinem Gönner die Hände.



Alexandros Jazakis bei einer der 20 Familien, denen er hilft: Diese Kinder hatten schon zwei Tage nichts zu essen. Die Zimmer waren total verschimmelt. Der Vater war arbeitslos, das Kindergeld ersatzlos gestrichen. Foto: privat

Ein soziales Netz, wie man das in Deutschland kennt, gibt es in Griechenland nicht. Wer seinen Job verliert, kann zwar ein Jahr lang Arbeitslosenhilfe bekommen. Danach aber gibt es nichts mehr, und wer nicht von der Familie aufgefingene werden kann, fällt ins Bodenlose. „Hier gibt es wirklich gar nichts, nicht einmal Suppenküchen“, sagt Jazakis. Wer dann auch noch krank wird, den hat es ganz schlimm getroffen. Denn ohne Geld gibt es im Krankenhaus kaum noch Behandlung oder Medikamente.

Jazakis' Hilfe dagegen macht einen Unterschied. „Für die ist das, als wenn eine Sternschnuppe vom Himmel gefallen wäre“, sagt der Bildhauer. Die sechsköpfige Familie konnte kürzlich ihre verschimmelte Wohnung verlassen und in ein neues Heim ziehen. Der Vater fand endlich Arbeit, wenn auch nur befristet: Er hilft bei der Vermessung der mit EU-Mitteln geförderten Autobahn.

Wie Jazakis zu seinem Hilfsprojekt kam? Der Künstler lebt seit 30 Jahren wieder in seiner griechischen Heimat. Da der Verkauf seiner Skulpturen nicht immer so viel erwirft, hat er nebenher angefangen, mit Häusern zu makeln. Es gab in Griechenland in den vergangenen Jahren viel Landflucht. Jazakis konnte für wenig Geld alte Bauernhäuser aufkaufen, die er – auf Wunsch renoviert – an deutschsprachige Kunden weiterverkauft.

Als er im Zuge der Schuldenkrise sah, wie sich die Armut ausbreitete, war für ihn klar, dass er helfen wollte, so viel er nur konnte. Vor allem bei seinen alten Freunden in Deutschland, Österreich und in der Schweiz warb er um Spenden. „Nicht ein Cent wird



da abgezwickelt“, versichert er. „100 Prozent der gespendeten Gelder fließen an die Familien.“

Vor kurzem hat Jazakis sein bisher größtes Projekt angepackt. Eine österreichische Frauengruppe hatte vorgeschlagen, ob man nicht einen Gemüsegarten anlegen könnte, auf dem die verarmten Familien etwas anbauen könnten: Zucchini, Tomaten, Gurken und so weiter. Es war mühsam, ein Grundstück zu finden, aber es gelang.

Ein Farmer verpachtete am Rand der Stadt einen Großteil der Farmfläche an Jazakis für seine Hilfsaktion. Dort pflanzten nun Mitglieder der unterstützten Familien Setzlinge an, von denen sie später Gemüse ernten können. Auch Kleintiere werden angeschafft, um Fleisch und Eier zu produzieren. „Das ist gut, weil sie endlich selber etwas tun können“, so Jazakis.

„O Merkel“

Kein kleiner Antriebs für ihn ist es, das schwer ramponierte Verhältnis zwischen den Deutschen und den Griechen wieder besser zu helfen. Und da ist einiges zu reparieren. Vor allem die deutsche Kanzlerin, die so unerbittlich ihren Sparkurs durchdrückt, ist vielen verhasst. „Viele sagen ‚o Merkel‘, das ist die männliche Form, statt ‚i Merkel‘ zur Kanzlerin“, berichtet Rainer Dietz, ein ehemaliger Apotheker aus Röthenbach/Pegnitz, der für den langjährigen Freund in Griechenland die Internetseite pflegt.

Dietz findet das in Deutschland verbreitete Bild über die Griechen grob verzerrt. „Es ist nicht so, dass alle faul sind und nicht arbeiten wollen“, sagt er. Die Krise schlage dort aber „in einer unendlichen Armut bei den Leuten auf“.

Jazakis' Projekt im Internet: www.hilfsaktion-gegen-hunger-in-griechenland.de

Euro-Staaten in Not

Sechs Länder leiden besonders stark unter der Schuldenkrise und müssen strengste Sparauflagen erfüllen. Es sind dies die fünf sogenannten GIIPS-Staaten: Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien; zuletzt brauchte auch Zypern Hilfe aus dem Euro-Rettungsschirm. Überall gibt es enorme Probleme, weil die Lasten vor allem die normalen Bürger treffen.

Viele Ökonomen loben – trotz aller Kritik – die Fortschritte. Die Lohnkosten fallen, das steigert die Wettbewerbsfähigkeit. Doch die sozialen Schäden sind enorm. Wir werfen auf dieser Seite einen Blick in zwei der Länder: Griechenland und Portugal. gge

Was die Griechen aushalten müssen

Sechs Sparpakete hat die griechische Regierung seit Frühjahr 2010 durch das Parlament bringen müssen. Vieles ist noch im Argen, aber es ist nicht so, dass es keine Fortschritte gäbe. Die Weltbank lobte 2012, Griechenland gehöre zu den zehn Staaten weltweit, die die Geschäftsbedingungen für Unternehmen am meisten verbessert haben. Doch für die Bürger brachten die Sparrunden ungeheure Härten.

Die Arbeitslosenquote schnellte von 8,3 (2007) auf zuletzt 27 Prozent hoch. Bei den jungen Menschen bis 24 Jahren waren sogar rund 64 Prozent ohne Job. Die Wirtschaftsleistung brach mehrere Jahre in Folge ein.

Enorme Einschnitte mussten die Beschäftigten und die Rentner verkraften. Der mit 700 000 Beamten völlig aufgeblähte Staatsapparat soll bis 2015 um 150 000 Stellen abgebaut werden. Die Beschäftigten mussten Lohnkürzungen von bis zu 38 Prozent hinnehmen. Weihnachts-, Oster- und Urlaubsgeld wurden gestrichen. Die Renten wurden in mehreren Runden um bis zu 25 Prozent gekürzt, das Renteneintrittsalter auf 67 hochgesetzt. Kindergeld wurde bei Jahreseinkommen über 18 000 Euro gestrichen. Die Steuern wurden erhöht.

Die Folgen: Bei einer Bevölkerung von elf Millionen Menschen leben heute rund 600 000 Kinder unter der Armutsgrenze. Die zuvor sehr niedrige Rate der Selbsttötungen verdoppelte sich. Auch die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) hat inzwischen Fehler eingeräumt. gge

Portugal war im Kampf gegen die Schuldenkrise von vielen Seiten gelobt worden für seinen Reformeifer. Dann aber stoppte das Verfassungsgericht Teile des umstrittenen Sparpakets. Auch so ist das Vorgehen der liberal-konservativen Regierung zunehmend in der Kritik. Wir sprachen darüber mit Catarina Príncipe, einer 27-jährigen Aktivistin aus dem Linksblock (Bloco de Esquerda), die seit etwas mehr als einem Jahr in Berlin studiert und die kürzlich bei einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Nürnberg auftrat.

Wie hat die Euro-Finanzkrise das Leben in Portugal verändert?

Catarina Príncipe: Schwierige Frage. Es ist einfach, wenn man über Zahlen spricht: Es sind mehr als 40 Prozent der jungen Menschen arbeitslos, die Hälfte der Beschäftigten in Portugal arbeitet inzwischen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, es gibt keine Sicherheit mehr im Leben, im Schnitt verlieren jeden Tag 922 Menschen ihren Job.

Aber wie wirkt sich das auf den Alltag aus?

Príncipe: Ein Beispiel dafür sind die Schulen: Viele haben die Regierung um Hilfe gebeten, um Frühstück für die Schüler anbieten zu können. Es kommt immer wieder vor, dass Schüler im Unterricht ohnmächtig werden, weil sie zu Hause absolut nichts gegessen haben. Darüber gibt es jetzt eine heftige Debatte, weil die Mittel für die Schulen auch heftig gekürzt und viele Lehrkräfte entlassen worden sind. Ein anderes Beispiel betrifft Medikamente: Patienten mit chronischen Krankheiten, auch Krebspatienten, wird der Zugang zu ihrer Arznei verweigert. Die Krankenhäuser haben kein Geld mehr, um die Medikamente zu kaufen. In den Städten schlafen viele Menschen unter Brücken. So etwas gab es früher nicht.

„Da muss doch etwas falsch sein“

Wie die portugiesische Studentin Catarina Príncipe die Krise in ihrer Heimat erlebt

Wie geht die Bevölkerung damit um?

Príncipe: Die Sparmaßnahmen haben schon vor der Eurokrise angefangen. Es gibt also nicht den einen Zeitpunkt, an dem alles zusammenbrach. Aber seit die Troika (die Vertreter von Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds; Anm. d. Red.) kam, hat sich alles verschlimmert. Viele Leute haben einfach kein Geld mehr, um Essen zu kaufen. Die Menschen verändern die Art und Weise, wie sie essen. Der Fleischkonsum ist massiv zurückgegangen.

Sie studieren derzeit in Berlin. Wie ist das, wenn Sie nach Portugal zurückkommen?

Príncipe: Die Unterschiede fallen einem viel stärker auf. Das letzte Mal war ich im März dort, um an einer großen Demonstration teilzunehmen. Da fiel mir auf, wie zornig die Menschen inzwischen sind. Sie sehen, wie ihre Kinder zu Tausenden das Land verlassen. Dieses Ausmaß kann allenfalls mit der Auswanderungswelle in den 60er Jahren verglichen werden,



Sie studiert seit einem Jahr in Berlin: Catarina Príncipe. Foto: Weigert

Erst Anfang Juni hat die portugiesische Regierung einen korrigierten Sparhaushalt beschlossen, nachdem das Verfassungsgericht zuvor Teile der bisherigen Maßnahmen als unsozial und rechtswidrig verworfen hatte. Unter anderem lehnten die Richter eine Steuer auf die Arbeitslosenhilfe ab.

Auf die neuerliche Sparrunde reagierten die Gewerkschaften mit der Ankündigung eines neuen Generalstreiks für diesen Donnerstag. Auch

Lissabons Paket

In Portugal ist die Arbeitslosigkeit im Zuge der drakonischen Kürzungen auf 17,8 Prozent gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte ein Allzeithoch von 42,5 Prozent.

Laut dem neuen Maßnahmenpaket sollen im öffentlichen Dienst – in Portugal ist dieser sehr groß – 30 000 Stellen gestrichen werden. Die Wochenarbeitszeit der Beamten soll

als die Leute vor der Diktatur und dem Krieg flohen. Ich kenne Fälle von Leuten, die immerhin einen prekären Job hatten, diesen aber verloren. Sie gingen zurück zu ihren Eltern, aber die waren auch arbeitslos. Für die gibt es keine Chance, sich über Wasser zu halten.

Wem geben die Menschen in Portugal denn die Schuld für diese Zustände?

Príncipe: Die Stimmung hat sich verändert. Am Anfang hatten die Leute in Portugal den Eindruck, das sei so etwas wie eine Insektenplage: Wenn man nur genügend erschlägt oder sich versteckt, bleibt man vielleicht verschont. Inzwischen begreifen die Menschen, dass es keine individuellen Lösungen für diese Krise gibt, dass man das gemeinsam angehen muss. Zunächst haben die Menschen auch niemandem die Schuld gegeben. Sie sagten: Okay, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt müssen wir dafür zahlen. Inzwischen haben sie aber begriffen: Nein, das stimmt so nicht. Jeden Tag können sie in der Zeitung über

Lohnkürzungen lesen. Gleichzeitig gibt es für Banker weiter Bonuszahlungen in Millionenhöhe. Da muss etwas falsch sein.

Wie wird da die Rolle der Troika gesehen, die diese harten Sparauflagen einfordert?

Príncipe: Am Anfang haben die Leute der Troika die Schuld gegeben. Viele schimpfen über „die in Europa“, als ob sie nicht selbst zu Europa dazugehörten. Sie fühlten sich nicht wirklich wie Europäer. Sie sagten: Da kommen die Leute aus Europa und sagen uns, was wir tun müssen. Wir haben keine Wahl – und es ist ihre Schuld. Inzwischen haben viele aber verstanden, dass es so nicht sein muss, dass es andere Optionen gibt. Seit einigen Monaten jedenfalls richtet sich die Kritik zunehmend gegen die Regierung. Sie ist diejenige, die sich nicht gegen die Vorgaben der Troika wehrt.

Richtet sich die Kritik auch gegen die europäische Idee?

Príncipe: Nein. Niemand sagt, wir müssen Europa verlassen oder die Eurozone. Man glaubt weiter an das solidarische europäische Projekt – oder zumindest daran, dass es das sein könnte. Bis jetzt gibt es keine starken nationalistischen Töne wie in anderen Ländern. Extrem rechte Gruppierungen wie in Griechenland haben sich in Portugal nicht formiert, zumindest noch nicht.

Und was ist mit Bundeskanzlerin Angela Merkel?

Príncipe: Das ist etwas anderes. Sie wird als ziemlich böse Figur wahrgenommen. Die Leute mögen sie nicht. Sie wird gesehen als diejenige, die verantwortlich ist für das, was ihnen angetan wird. Sie wird als die Puppenspielerin angesehen, die die Fäden in der Hand hat. Sie ist wirklich unpopulär.

Interview: GEORG ESCHER